

Aktuelles aus dem ZBV

Zürcher Bauernverband ■ Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf ■ 044 217733 ■ www.zbv.ch



Vorstellungsreihe von eidgenössischen Initiativen, welche für die Landwirtschaft relevant sind

«Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»

Am 25. Mai 2018 ist das eingangserwähnte Begehren in der Bundeskanzlei mit 145 099 Unterschriften eingereicht worden. Wir nehmen die Gelegenheit wahr und stellen Ihnen in den nächsten Wochen die derzeit bekannten, für die Landwirtschaft relevanten Begehren hier im «Zürcher Bauer» genauer vor.

Nach den bisherigen Berichterstattungen zur Ernährungssouveränitäts-Initiative sowie der Fair-Food-Initiative befassen wir uns mit dem Begehren «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide», welches zwar noch weit von einer möglichen Abstimmung entfernt ist, jedoch vor drei Wochen in der Bun-

deskanzlei mit einer beträchtlichen Anzahl von Unterschriften eingereicht worden ist.

Die Initiative

Das Begehren ist aus einer politisch unabhängigen Bürgerbewegung aus dem Raum Neuenburg unter dem Namen Future 3.0 entstanden. Sie verlangt, dass man sich bedenkenlos ernähren kann, ohne negative Gesundheitsfolgen befürchten zu müssen. Hierfür wurden seit Ende November 2016 Unterschriften gesammelt und diese wurden einige Tage vor Ablauf der Sammelfrist eingereicht.

Um was geht es?

Die Initianten wollen den bestehenden Artikel 74 Abs. 2 der Bundesverfassung wie folgt abändern lassen:

«Der Einsatz synthetischer Pestizide in der landwirtschaftlichen Produktion, in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und in der Boden- und Landschaftspflege ist verboten. Die Einfuhr zu gewerblichen Zwecken von Lebensmitteln, die synthetische Pestizide enthalten oder mithilfe solcher hergestellt worden sind, ist verboten»

Den genauen Wortlaut des Initiativtextes finden Sie unter folgendem Link: <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis471t.html>

Derzeit werden jährlich rund 2000 Tonnen Pestizide in der Schweiz verkauft. Durch die Änderung der Bundesverfassung wollen die Initianten somit das Verbot der Verwendung und des Imports von Pestiziden erreichen. Ferner beabsichtigen sie die Schaffung von notwendigen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige, gegenüber der öffentlichen Gesundheit respektvolle Landwirtschaft. Das Begehren sieht hierfür eine Übergangsphase von 10 Jahren vor, um die notwendigen Voraussetzungen für deren Umsetzung zu schaffen. In den Augen der Gruppierung Future 3.0 ist es derzeit absolut möglich, die Versorgung der Menschen in der Schweiz aus einheimischer Produktion und Import-Lebensmitteln ohne synthetische Pestizide sicherzustellen.

Ablehnende Haltung der Landwirtschaft

Diverse bäuerliche Verbände und Vereinigungen haben bereits jetzt Widerstand gegen das Begehren kundgetan.



Die Initiative will den Einsatz und die Einfuhr von synthetischen Pestiziden verbieten. Bild: Pixabay.com

Nachgefragt bei ...

Zürcher Bauernverband ■ Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf ■ www.zbv.ch

Martin Rufer, Leiter Departement Produktion, Märkte & Ökologie

Am 25. Mai 2018 wurde das auf dieser Seite vorgestellte Begehren in der Bundeskanzlei eingereicht. Wir haben Martin Rufer folgende Fragen gestellt:

Der SBV lehnt die Initiative ab. Was sind die Gründe?

Die Initiative würde die Lebensmittelproduktion stark erschweren. Ganz ohne chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel würden die Erträge um 20 bis 40 Prozent zurückgehen. Das würde zu grossen wirtschaftlichen Verlusten in der Landwirtschaft führen. Zudem wäre die Ernährungssicherheit in der Schweiz gefährdet.

Ein sorgfältiger und verantwortungsvoller Umgang mit Pflanzenschutzmitteln ist doch wichtig. Wo zielt das Begehren jedoch daneben?

Ja, ein zurückhaltender und verantwortungsvoller Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ist sehr wichtig. Hier haben wir momentan eine Entwicklung in eine gute Richtung. Aber wir dürfen das Kind nicht mit dem Bad ausschütten. Die Initiative mit einem Totalverbot ist viel zu



Martin Rufer, Leiter Departement Produktion, Märkte & Ökologie. Bild: zVg

radikal. Der nationale Aktionsplan Pflanzenschutz zeigt sehr gut auf, mit welchen Massnahmen der Pflanzenschutzmitteleinsatz und die damit verbundenen Risiken minimiert werden können. Diesen müssen wir nun rasch und wirksam umsetzen!

Was wären bei einer Annahme der Initiative die Folgen für die Schweizer oder v.a. für die Zürcher Landwirtschaft?

Wir könnten unsere Kulturpflanzen gegen Krankheiten und Schädlinge zum Teil nicht mehr wirksam schützen. Besonders grosse Probleme hätten die Spezialkulturen wie Gemüse oder Obst, aber auch viele Ackerkulturen. Die Folge wären Ernte- und damit Einkommensausfälle und eine enorm grosse wirtschaftliche Unsicherheit für die Bauernfamilien.

Aktuell sind zahlreiche Volksbegehren, die die Landwirtschaft betreffen, entweder bereit zur Abstimmung, bereits eingereicht oder es werden Unterschriften dafür gesammelt. Wir erklären Sie sich die Zunahme?

Ernährung ist ein sehr emotionales Thema. Konsumenten und Gesellschaft beschäftigen sich intensiv mit dem Essen und wollen wissen, wo und wie dieses produziert wurde. Das ist für die Schweizer Landwirtschaft grundsätzlich positiv. Die Emotionen rund ums Essen führen aber auch zu Volksinitiativen, die teilweise völlig über das Ziel hinausschiessen. Das liegt meines Erachtens daran, dass die Zusammenhänge deutlich komplexer sind, als sie auf den ersten Blick scheinen. ■

Parolenfassung ZBV zur eidg. Abstimmung vom 23. September 2018

An der Vorstandssitzung vom vergangenen Dienstag hat der Vorstand des Zürcher Bauernverbandes für die beiden am 23. September 2018 zur Abstimmung gelangenden eidgenössischen Volksbegehren (Ernährungssouveränitäts- sowie Fair-Food-Initiative) die Stimmfreigabe beschlossen. Damit unterstützt der ZBV die Haltung des Schweiz. Bauernverbandes SBV, welcher sich anlässlich der letzten Sitzung der Landwirtschaftskammer ebenfalls für eine Stimmfreigabe entschieden hat. ■ MCA



Zu beiden Initiativen hat der ZBV Stimmfreigabe beschlossen. Bild: fotolia.com

So lehnt der SBV die Initiative ab, da es die Lebensmittel verteuern und die Wahlfreiheit der Konsumenten beschneiden würde.

Der Verband Schweizer Gemüseproduzenten will die Initiative bekämpfen, weil er befürchtet, dass Gemüsebauern nach einem Ja deutlich weniger Gemüse und Gemüsesorten als bisher produzieren könnten. Für weniger Ertrag wären wesentlich mehr Anbauflächen nötig. Ausserdem würden die Produkte teurer.

Die Industriegruppe Agrar argumentiert, es sei wissenschaftlich nicht massgebend, ob ein Stoff in der Natur vor-

komme oder im Labor synthetisiert worden sei. Den Ausschlag gäben toxiologische Eigenschaften. Es sei zudem fast unmöglich, Pflanzenschutzmittel in die Kategorien «synthetisch» und «natürlich» einzuteilen. Wann das Begehren zur Abstimmung kommen wird, ist derzeit noch nicht bekannt.

In zwei Wochen stellen wir an gleicher Stelle das nächste Begehren vor: Das mit dieser Initiative wesensverwandte Begehren «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz». ■ MCA

Ja zu Verbot und Einfuhr von synthetischen Pestiziden

Wir möchten festhalten, dass wir mit diesem Begehren nicht gegen die Schweizer Landwirtschaft zielen, sondern mit der Landwirtschaft neue Wege beschreiten möchten. Eine Diskussion über den Einsatz der Pflanzenschutzmittel und über die Qualität von Lebensmitteln soll damit angestossen werden. Auf den Strassen brauchten wir nicht einmal fünf Sekunden, um die Leute zu überzeugen, die Initiative zu unterschreiben. Sie haben generell die Nase voll, was Pestizide angeht. Deshalb ist der Moment gekommen, dem Volk in dieser entscheidenden Frage das Wort zu geben. Wir sind überzeugt, dass unser Begehren bei den Mitbürgerinnen und Mitbürgern auf ein positives Echo stossen wird. Die Geschichte zeigt in der Tat, dass Schweizerinnen und Schweizer eine besondere Sensibilität an den Tag legen, wenn sie darüber zu entscheiden haben, was auf den Teller kommt. Somit hat das Schweizer Stimmvolk mit der direkten Demokratie eine beispiellose Chance, dem Rest der Welt mit gutem Beispiel voranzugehen und als Pionierin auf diese toxischen Produkte zu verzichten, die zu einer Landwirtschaft der Vergangenheit gehören.



Manfred Wolf, Bio-Produzent aus Ried bei Kerzers. Bild: zVg

Nein zur radikalen Anti-Pflanzenschutz-Initiative

Sollen Schweizerinnen und Schweizer weiterhin Zugang zu genügend Gemüse in qualitativ hochwertiger Qualität haben? Diese Frage steht im Zentrum der Diskussion um die Anti-Pflanzenschutz-Initiative. Denn das radikale Volksbegehren würde das Gemüseangebot in der Schweiz verringern und gleichzeitig massiv verteuern. Aber alles der Reihe nach: Dank dem gezielten Einsatz von PSM schützen Gemüsegärtnerinnen und Gemüsegärtner ihre Kulturen vor Krankheiten, Schädlingen und Unkräutern. Könnten sie das nicht mehr, bräuchten sie wesentlich mehr Anbauflächen für weniger Ertrag. Die Preise für Gemüse würden massiv steigen. Gemüse würde zum Luxusgut, das sich preissensitive Kunden im Ausland besorgen müssten. Verlierer wären sowohl Konsumenten als auch Produzenten. Statt Utopien entwickelt der VSVP seit Jahren umsetzbare Methoden zur Minimierung von Pflanzenschutzmitteln. Das jüngste Beispiel ist ein Pflanzenschutzroboter, mit dem sich dank digitaler Bilderkennung künftig 40–70 Prozent PSM einsparen lassen. Mit Unternehmerteil und Innovation, nicht mit Verboten gelingt Fortschritt! ■ Jimmy Mariéthoz



Jimmy Mariéthoz, Direktor Verband Schweizer Gemüseproduzenten. Bild: zVg